

Gerhard Müller

**Kurzexposé zum Tagungsbeitrag „... durch Tausendkünstler schnell vertausendfacht“?  
Goethe und die Geldpolitik in Deutschland um 1800**

Der Beitrag stellt Goethes Stellung zur Papiergeldproblematik um 1800 dar. Nach einer kurzen Skizze seiner Rezeption der zeitgenössischen wirtschaftswissenschaftlichen Autoren wird gezeigt, wie Goethe angesichts der zunehmenden Emission ungedeckten Papiergeldes durch die Regierungen der europäischen Mächte im Zuge der Koalitionskriege begann, in der von ihm kontrollierten „Jenaischen Allgemeinen Literatur-Zeitung“ (JALZ) publizistisch gegen diese Praktiken Stellung zu beziehen. Darüber hinaus sammelte er bei seinen sommerlichen Badeaufenthalten in Karlsbad eigene Erfahrungen über die Wirkungen des Papiergeldes in den österreichischen Landen. Als die dortige Papiergeldsituation nach dem verlorenen Krieg gegen Napoleon 1809 krisenhafte Dimensionen annahm, begann sich Goethe intensiver mit dem Problem zu beschäftigen. Die gegen Ende 1810 in Weimar erschienene Zeitschrift Streitschrift des Schweizer Nationalökonomen Simonde des Sismondi gegen das Papiergeldwesen ließ Goethe ausführlich in der JALZ besprechen. Im Zusammenhang damit erörtert der Beitrag ein wichtiges, bisher jedoch unbekannt gebliebenes Motiv dieses Engagements, das Goethe selbst unmittelbar betraf: den geheimen Papiergeldplan des Herzogs Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach von 1810, der u. a. vorsah, die Gehälter der Staatsdiener, mithin auch das Goethes, in Kassenbillets auszuzahlen. Die Wirkung der Weimarer Pressekampagne gegen das Papiergeld trug, verschärft durch den wenige Monate später eingetretenen Staatsbankrott Österreichs, dazu bei, dass der Weimarer Herzog von diesem Plan Abstand nahm.